

DEUTSCHLAND

„Sind die in Bonn komplett verrückt?“

Der Aufstand der CDU-Mitglieder gegen ihre Partei-Oberen greift um sich. Helmut Kohl, der lange Zeit fast absolut herrschen konnte, sieht sich plötzlich auch

im Präsidium und in der Fraktion heftiger Kritik ausgesetzt. Die Heidelberger Christdemokraten buchstabieren CDU auf Transparenten als „Club der Unfähigen“.

Heiner Geißler ging den Kanzler frontal an: Die Christen-Union sei in den ganzen Schlamassel um Steuern und Finanzen vor allem deswegen geraten, weil „ja die Partei“ an den Beratungen von Regierung und Koalitionsspitze „nicht beteiligt“ worden sei.

Helmut Kohl, den der Generalsekretär offensichtlich nicht mehr als „Partei“ zählt, erkannte den versteckten Vorwurf – und wurde laut.

„Ich trage seit Jahren allein das Risiko und halte den Kopf hin, ich habe keine einzige Sitzung versäumt, weder in der Koalition noch in der Regierung“, wetterte Kohl am vergangenen Montag im CDU-Präsidium gegen Geißler, den er schon lange nicht mehr zu seinen Kanzler-Runden bittet. Auf Geißlers „Eitelkeiten“ könne er keine Rücksicht nehmen. Kohl: „Ich vertrete hier die Partei nach innen und nach außen.“

Die Partei sieht das, allem Anschein nach, mit immer größerem Unbehagen. Zum erstenmal seit seinem Amtsantritt ist Kanzler Kohl von einer Parteigliederung förmlich zum Rücktritt aufgefordert worden. Mit beinahe Zweidrittelmehrheit verlangten die Delegierten des 19. Ordentlichen Landestages der Jungen Union (JU) Baden-Württembergs am vorletzten Samstag in Meersburg einen „tiefgehenden Neuanfang“, der „nur noch ohne Kohl“ möglich sei. „Mit einem neuen Bundeskanzler“ müsse die CDU „rechtzeitig das Fundament für einen überzeugenden Wahlerfolg“ legen. Auch der schwache 67jährige CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger müsse abgelöst werden.

Bedrohlich für Kohl war eigentlich nicht der Beschluß der Jungen Union in Baden-Württemberg, bedrohlich war,

daß kein Aufschrei der Empörung durch das Land ging. Die Partei nahm den Beschluß der CDU-Jugend wie eine Selbstverständlichkeit hin.

Generalsekretär Geißler beriet zwar im Kreis von Mitarbeitern, ob er eine Pflichtübung gegen das Meersburger Urteil unternehmen sollte. Er unterließ es aber dann. „Die Parteizentrale kann doch nicht“, so einer der Funktionäre des Adenauer-Hauses, „zu jedem Be-

schluß einer Vereinigung oder Untergliederung Stellung nehmen.“

Und der zuständige CDU-Landesvorsitzende, Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, urteilte über die Meersburger Rebellen ausgesprochen milde: „Ganz muntere Jungs sind das.“ Auf dem Parteitag der Jungen Union hatte der Kohl-Konkurrent, voller Abscheu über das „Gewurschtel“ der Bonner Koalition, dennoch gegen den



Frankfurter Allgemeine Zeitung



Christdemokraten Kohl, Dregger, Seitzers, Schäuble, Stoltenberg, Albrecht*: „Noch nie so erregt gesehen“

Rücktrittsangebot geredet. Der sei, so Späth, nicht hilfreich – „im Augenblick“.

Es ist, als fielen der Partei die Schuppen von den Augen. Durch die Jahre hatte sie blindlings ihrem „Helmut, Helmut“ zugejubelt, seine seit langem offenkundige Führungsschwäche, seine Konzeptionslosigkeit nicht achtend. Nun aber, da er zusieht, wie der Staat in eine schwere Finanzkrise treibt, da er neue Steuern auf Benzin, Tabak, Heizöl und für Sparer erhebt und auch noch die saubere Energie Erdgas verteuert, wird er der Union zur Last. Kohl bringt seine Partei um den Ruf, mit Geld umgehen zu können.

Der Regierungschef wird von den eigenen Leuten für die traurige Lachnummer Flugbenzin verantwortlich gemacht. Erst setzte er sich über den Willen des Wiesbadener CDU-Bundesparteitages hinweg und trieb die widerstrebenden Bundestagsabgeordneten aus Furcht vor dem Flugkameraden Franz Josef Strauß ins Ja zur Steuerbefreiung für Privatflieger: „Ich halte diese Entscheidung für vernünftig.“ Vergangene Woche dann mußte Kohl den Beschluß auf Druck der Basis kassieren: „Daß das keine gute Sache ist, weiß ich auch.“

Geißler, der seine Energie längst nicht mehr im Kampf gegen den politischen Gegner, sondern im Hader mit der eigenen Regierung verbraucht, stellte den Kanzler am Montag nachmittag in der Sitzung des Fraktionsvorstandes schonungslos bloß; ausnahmsweise durften auch einfache Abgeordnete dabei sein. Ursprünglich sei die Meinung vertreten worden, spielte der Generalsekretär auf

einen dramatischen Auftritt Kohls vor der Fraktion in der zweiten Juni-Hälfte an, das Gesamtwerk der Steuerreform werde gefährdet, wenn die Flugbenzin-Steuerbefreiung nicht komme. „Nun ist es andersrum richtig.“

Und dann ging es Schlag auf Schlag gegen Kohl. Ein Versuch Dreggers, das heikle Thema Flugbenzin ganz hinten auf der Tagesordnung unter „Verschiedenes“ zu verstecken, scheiterte. Die Abgeordneten kümmerten sich einfach nicht mehr um die Anweisung des Fraktionschefs. „Wir haben dem alten Herrn“, so ein CDU-Parlamentarier, „den Führerschein weggenommen – und kamen gleich zur Sache.“

Hans Peter Schmitz, stellvertretender Vorsitzender der kopfstarken Landesgruppe der nordrhein-westfälischen CDU-Abgeordneten, bezichtigte Kohl & Co. der Geringschätzung des Parlaments: Die Abgeordneten seien nur „erwünscht, wenn ihr unsere Stimmen braucht“. Hans-Peter Repnik, Vornann der ebenfalls großen Landesgruppe Baden-Württemberg, klagte Kohl und Dregger an: „Wir haben immer großes Vertrauen zur Regierung und Fraktionsführung gehabt und sind in der Regel enttäuscht worden.“

Der CDU-Abgeordnete Franz Heinrich Krey bekannte: „Ich weiß nicht mehr, was ich machen soll.“ Stets werde man von oben in die Pflicht genommen. Ob damals beim Gesetzentwurf zur Amnestie der Parteispender-Sünder oder jetzt beim Flugbenzin – immer wer-

de den Abgeordneten gesagt, das müsse jetzt sein. Dann lasse man sich in die Disziplin nehmen und stelle hinterher fest: „Wir waren die Doofen.“ Die wenigen anderen, die nicht mitgemacht hätten, „das waren die Intelligenten“.

Kurt Biedenkopf heizte die Stimmung weiter auf, als er dem Kanzler vorhielt, dem deutschen Volk zu Unrecht „Larmoyanz“ vorzuwerfen. Kohl hatte vorletzte Woche auf dem CDU-Landesparteitag Rheinland-Pfalz in Bad Dürkheim erklärt, zu Millionen führen die Deutschen in Urlaub, sie kehrten zufrieden heim, fänden dann aber nach wenigen Tagen hier alles ganz schrecklich – „sind wir denn alle verrückt geworden?“

Dazu Biedenkopf: „Die Bevölkerung ist nicht verrückt geworden.“ Die Leute kämen in der Tat zufrieden aus dem Urlaub zurück, den sie sich hart erarbeitet hätten. „Sehr unzufrieden sind sie dann, weil sie mit unserer Arbeit nicht zufrieden sind.“

Keine Frage: Die gesamte Führungscrew der Bonner Koalition sieht plötzlich alt aus. Der von der aufgebrauchten Basis erzwungene Umfall beim Flugbenzin hat der Autorität des Kanzlers und des CSU-Chefs Franz Josef Strauß, des gescheiterten Erpressers, schwer geschadet. Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann, auf dem Abmarsch nach Brüssel, zählt ohnehin kaum noch.

Fraktionschef Dregger könnte als erster die Quittung bekommen. „Die Fraktion hat einen schweren Knacks, das Vertrauen ist weg“, sagt ein CDU-Präsidiumsmitglied. Die Abgeordneten argumentierten, Dregger habe doch bei den Beratungen immer dabeigesehen,

* In der offenen Fraktionssitzung der CDU/CSU am vergangenen Montag.

als es darum ging, den Autofahrern höhere Steuern zuzumuten, die Privatflieger aber von der Spritsteuer zu befreien. Dregger hätte sagen müssen, daß die Fraktion das nicht mitmachen will.

„Jetzt gibt es starke Strömungen“, weiß der CDU-Präsident, „Dregger noch in diesem Jahr zu kippen.“ Nur ein neuer Fraktionschef könne wieder jenes Maß an Folgsamkeit sicherstellen, ohne das die Regierung die vor ihr liegenden großen Brocken wie Gesundheits- oder Rentenreform mit all ihren Belastungen für die Versicherten nicht durch das Parlament bringen kann.

Sicher ist auch, daß das Thema Flugbenzin noch einmal hochkommen wird, wenn die Parlamentsmehrheit im Herbst mit einer Gesetzesnovelle wieder jene Steuerbefreiung aufheben muß, die sie

auf, weil sie das Empfinden habe, in Bonn herrsche die Arroganz der Macht, „da wird nicht mehr die Politik für uns kleine Leute gemacht“.

Das hat Kohl noch nicht erlebt, wie die Basis „gegen Bonn abrußt“ (ein Kanzler-Berater). Der CDU-Kreis Ostalb schickte ihm per Post einen Beschuß zu: „Wir fordern den Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, auf, endlich von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und dafür zu sorgen, daß das Erscheinungsbild der Bundesregierung verbessert wird. Wenn das nicht bald gelingt, sind personelle Konsequenzen nicht zu vermeiden.“ Die Mitglieder der Parteiführungsgremien „werden aufgefordert klarzustellen, daß die Basis vor Wut kocht“.



Opponenten Späth, Geißler: „Das verebbt nicht“

gerade befürwortet hatte. Die Parlamentarier sollen zudem per Beschluß auf einen finanziellen Vorteil verzichten.

Den Abgeordneten steht ebenso wie den Öffentlich-Bediensteten noch ein Sterbegeld zu. „Wir können doch nicht der Masse der Bevölkerung im Rahmen der Gesundheitsreform das Sterbegeld streichen“, so Norbert Blüm, „den Abgeordneten und Beamten aber den Bestattungsbeitrag aus Steuermitteln belassen.“ Geißler unterstützt den Arbeitsminister: Sonst bekomme die Union beim Sterbegeld gleich wieder einen Aufstand wie beim Flugbenzin, weil es nicht gerecht zugehe.

Ein ranghoher CDU-Funktionär hat „die Partei noch nie so erregt gesehen“. Wenn nicht beim Flugbenzin, dann wäre über irgendeine andere Kleinigkeit „der Aufstand losgebrochen“. Kohl solle ja nicht glauben, „daß in 14 Tagen wieder eine andere Sau durchs Dorf“ laufe. „Das verebbt nicht.“ Die Partei stehe

Am anderen Ende der Republik, in Pinneberg, wurde die CDU-Abgeordnete Ingrid Roitzsch ausgelacht, als sie auf einem Kreisparteiabend um Verständnis für das Flugbenzin-Hickhack warb.

Beim verregneten Grillfest des CDU-Ortsvereins Waldsolms bei Wetzlar sprach Vorsitzender Trutz Weber von der „Schieflage der Union, hervorgerufen durch Fehlleistungen in der Parteispitze“. Und der Vorsitzende des CDU-Stadtverbands Hadamar bei Limburg, Harald Kalteier, gab es Alfred Dregger schriftlich: Er habe „volles Verständnis“ dafür, daß „eine Reihe Mitglieder aus der Partei ausgetreten“ sei. Kalteier über die Folgen der „Fehlleistungen unserer Volksvertreter in Bonn“: „Wir rechnen mit weiteren Austritten.“

Der Hamburger CDU-Bürgerschafts-abgeordnete Klaus Lattmann berichtet: „Beim Friseur, in der Post oder auf der Straße kommen Bürger, die mich ken-

nen, aggressiv auf einen zu und fragen: „Sind die in Bonn denn komplett verrückt geworden?“

Auch in Berlin hat die CDU die Luft-heit über den Stammtischen verloren. Der CDU-Abgeordnete Ekkehard Wruck weiß nach Befragen zahlreicher Parteifreunde, daß die Steuerbeschlüsse den Christdemokraten noch eine scharfe Belastungsprobe abfordern werden: „Wir muten den Leuten in der Partei zuviel zu, vor allem den kleinen, die noch nicht so lange bei uns sind.“ Zwei bis drei Prozent könne die CDU bei der im Januar anstehenden Senatswahl, so die Einschätzung im Adenauer-Haus, wegen Kohls Politik einbüßen.

Hubert Doppmeier, Vorsitzender des Kreisverbandes Gütersloh, der die Überweisung der Beiträge an die Bundespartei stornierte, sagt voraus: „Die nächste Runde steht nach der Sommerpause bevor, wenn die Verbrauchsteuererhöhungen für Benzin, Heizöl und Gas festgeklopft werden müssen. Das dürfte auch an der CDU-Basis im September/Oktobre eines der beherrschenden Themen werden. Diese Diskussion hat noch gar nicht richtig begonnen.“

Und Mitglieder der Heidelberger CDU buchstabierten auf Transparenten den Parteinamen inzwischen so: „Club der Unfähigen“.

Im Parteipräsidium spürte Norbert Blüm den Gründen für die Parteirevolte nach und kam – durch die Blume – auf Kohls Führungsschwäche zu sprechen: „Die CDU trägt die Last der Wende allein.“ Die Koalitionspartner CSU und FDP verträten im wesentlichen nur ihre eigenen Interessen. „Wer aber vertritt den Teil der CDU?“ Der Kanzler stehe immer nur für irgendwelche Kompromisse.

Bestärkt von Lothar Späth, der wieder einmal das „Zusammenbinden, die Gesamtschau“ der Bonner Politik anmahnte, drängte der Arbeitsminister den Kanzler, dem Volk doch endlich eine Vision zu bieten: „Die CDU muß die Phantasie der Leute beschäftigen. Man kann nicht sparen, ohne zu gestalten. Man muß auch eine Perspektive haben.“

Kohl aber sperrte sich. Jetzt gehe es nur um den Haushalt 1989 und dessen Finanzierung, „das Ganze ist ein Paket und eine sehr gute Sache“. Über irgendwelche Perspektiven könne sich das Präsidium nach der Sommerpause Anfang September unterhalten.

Eine Perspektive bot der Kanzler dann aber doch. Die jungen Parteifreunde, die jetzt in Meersburg seinen Rücktritt gefordert hätten, würden in kommenden Jahren seine Politik ganz anders beurteilen, wenn sie die Früchte seiner Arbeit für die Bundesrepublik im europäischen Binnenmarkt genießen könnten. Er tue doch alles für die kommenden Generationen, nicht für sich: „Im Jahr 2000 bin ich 70 Jahre alt, wenn ich dann überhaupt noch lebe.“